



# GESUNDHEITS-INFO

ZUR CORONA-KRISE

Weitere Infos & Kontakt: [dkp.de](http://dkp.de) • [unsere-zeit.de](http://unsere-zeit.de) • [pv@dkp.de](mailto:pv@dkp.de)

## MEHR PERSONAL UND GELD FÜR DIE GESUNDHEIT! RUNTER MIT DER RÜSTUNG - KRIEGSPOLITIK STOPPEN!

Zehntausende Menschen haben sich in der BRD bereits mit dem Corona-Virus angesteckt und die Zahl derer, die im Krankenhaus oder sogar auf einer Intensivstation behandelt werden müssen, steigt weiter an. Der Virus ist als solcher schon gefährlich, da er ansteckender als eine normale Grippe ist und sich schnell verbreitet. Die Maßnahmen der Bundesregierung zielen darauf, das bundesdeutsche Kapital möglichst gut durch die Krise zu bringen. Im Schatten der Krise wird der Notstand inklusive des Bundeswehreinsetzes im Innern geübt. Demokratische Grundrechte werden außer Kraft gesetzt.



In der jetzigen Krise zeigt sich, dass dieses System nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Während dringend medizinisches Personal gebraucht wird, gelingt es nicht, die Kolleginnen und Kollegen mit angemessener Schutzkleidung auszustatten und sie täglich zu testen, um weitere Ansteckungen zu vermeiden. Während händeringend Bettenkapazitäten gebraucht werden, melden private Kliniken Kurzarbeit an,

aus Angst vor Gewinnverlusten oder sie belegen Betten mit geplanten Operationen. Während Hygiene an erster Stelle stehen muss, werden Reinigungsarbeiten auf ein Mindestmaß reduziert. Das Virus trifft auf ein Gesundheitswesen, das in den letzten Jahrzehnten gezielt und systema-

tisch der kapitalistischen Marktlogik unterworfen wurde.

Schon im Normalzustand fehlte es im Gesundheitswesen an Personal. Nach der Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2002 wurden innerhalb von drei Jahren 33.000 Stellen in der Pflege abgebaut, viele öffentliche Krankenhäuser wurden privatisiert, Reinigung und Transport wurden ausgelagert, Mehr Betten und mehr Beatmungs-

geräte allein reichen nicht aus, wir brauchen die Kolleginnen und Kollegen, die sie bedienen und Patienten versorgen können. Die intensivmedizinischen Fachgesellschaften haben bereits Empfehlungen für eine so genannte Triage vorgelegt, nach denen bestimmt werden soll, wer noch versorgt wird und wer nicht. Wie immer wird es die Alten, die Armen und die Ausgegrenzten am härtesten treffen.

Was es jetzt braucht, ist der gezielte und geplante Einsatz der vorhandenen Mittel, sei es Geld, Produktionsanlagen und – am allerwichtigsten – Personal, um der drohenden Versorgungskrise im Gesundheitswesen entgegen zu treten.

Die Gesetze, die Gesundheitsminister Spahn vorgelegt hat, sind nicht darauf ausgerichtet, diese Probleme zu lösen. Es wird am Prinzip der Fallpauschale festgehalten. Kliniken erhalten finanzielle Anreize in Form eines erhöhten Pflegebudgets, um mehr Personal einzustellen. Sie sind aber weder dazu verpflichtet einzustellen, noch müssen sie am Ende des

Jahres nachweisen, dass sie das Geld für Personal ausgegeben haben.

Die Aussetzung der Qualitätskontrolle in den Pflegeheimen, verbunden mit der Besuchssperre für die Angehörigen, führt zu unkontrollierbaren Zuständen in den Pflegeheimen. In Wolfsburg mussten in einem Pflegeheim der Diakonie erst 15 Menschen sterben, bevor überhaupt getestet und Quarantänemaßnahmen umgesetzt wurden.

### Wir fordern:

- Mehr Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen! Höhere Löhne für die Beschäftigten im Krankenhaus – nicht nur in der Krise! Sofortige Zahlung eines Pandemiezuschlags als erster Schritt.
- Sofortige Abschaffung der Fallpauschale und Wiedereinführung des Selbstkostendeckungsprinzips! Rücknahme der Privatisierung! Kein Profit mit der Gesundheit!
- Umsetzung aller notwendigen Schutzmaßnahmen für Beschäftigte im medizinischen Bereich, Hygiene-Schulungen für das gesamte Personal, auch für Reinigungskräfte, Fahrer und Therapeuten.
- Sofortige Wiedereinführung der Qualitätskontrollen in den Pflegeheimen! Tests für Angehörige von Pflegeheimbewohnern und Schwerkranken! Besuchserlaubnis bei Negativ-Testung!
- Beschlagnahmung privater Kliniken bei Anmeldung von Kurzarbeit, staatlich angeordneter Stopp aller vermeidbaren geplanten Operationen
- Beschlagnahmung von Schutzmaterial aus nicht-lebenswichtigen Betrieben;
- Staatliche Eingriffe zur Umstellung auf die Produktion von jetzt notwendigen Gütern.

- Aufhebung aller internationaler Sanktionen zur Bekämpfung der Pandemie!
- Runter mit der Rüstung! Weg mit dem 2-Prozent-Ziel der NATO!
- Mehr Geld für das Gesundheitswesen!

Die Politik der Bundesregierung angesichts der Krise zeugt von Zynismus. Die Corona-Pandemie hat zwar das Kriegsmanöver „Defender 2020“ gestoppt, aber die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden fortgeführt. Auch die Sanktionen gegenüber Ländern wie Kuba, Venezuela, dem Iran und Syrien werden nicht gestoppt. Dadurch wird eine effektive Bekämpfung der Pandemie verhindert. Auf die Hilfsangebote Chinas wird nur zögerlich reagiert. Dabei sind im Gegenteil Chinas Hilfe und die Bündelung aller Anstrengungen zur Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen nötig. Auch hier erweist sich das Prinzip der kapitalistischen Konkurrenz als kontraproduktiv zur Lösung der Probleme.

### Wir fordern:

- Absage an das 2-Prozent-Ausgabenziel der NATO! Raus aus der NATO und runter mit der Rüstung! Stattdessen Erhöhung des Gesundheitshaushaltes!
- Bereitstellung der Ressourcen der Bundeswehr für die Bekämpfung der Epidemie unter ziviler Leitung! Öffnung der Bundeswehr-Sanitätsdepots!
- Bündelung aller Kapazitäten und internationale Zusammenarbeit zur Entwicklung von Medikamenten und einem Impfstoff!
- Sofortige Annahme der Hilfsangebote aus China! Internationale Solidarität statt Konkurrenz!

# unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung  
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch  
beim Thema  
Gesundheit – dort weiter,  
wo andere Medien längst  
schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Partei Vorstand  
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen  
Tel.: 0201 - 17 78 89 23  
E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)

**dkp.de**

Foto S. 1: Foto: Christian Ditsch  
V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Partei Vorstand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei